

# ALTERNATIVE SÜDWEST\*

Zeitung der AfD Baden-Württemberg

Freitag, 31. Januar 2020

Herausgegeben vom Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg

Information | Meinung | Service



TOPTHEMA AfD WIRKT

## Die Erfolgsgeschichte in Blau geht weiter

Die AfD hat die Politik in Deutschland nachhaltig verändert – im Bundestag und im ganzen Land

ALICE WEIDEL, ÜBERLINGEN

Die AfD im Deutschen Bundestag, in allen Landtagen und im Europaparlament: Das hat unsere Republik jetzt schon verändert. Es gibt wieder eine richtige Opposition, die sich nicht scheut nachzubohren, unbequeme

IN DIESER AUSGABE

**TOPTHEMA AfD WIRKT** 1 – 4  
Arbeit im Bundestag | KI | Waffenrecht | XXL-Bundestag | Wohneigentum

**DEUTSCHLAND** 5 6  
Bauernproteste | Bundeswehr

**AUS UNSERER PARTEI** 7  
„Faire Schule“ | Admintreffen

**AUFGEKLÄRT!** 8  
Grüne GEZ-Medien | Mannheim: Grüner Linksextremismus

Themen auf die Tagesordnung zu setzen und kontroverse Positionen gegen alle Widerstände zu vertreten.

Und es gibt wieder echte Debatten, in denen wir die anderen Parteien zwingen, Farbe zu bekennen. Für die Regierungskoalition und die träge gewordene Linksopposition sind die behaglichen Zeiten des stillschweigenden Einvernehmens und Unterten-Teppich-Kehrens vorbei.

Gut zwei Jahre AfD im Deutschen Bundestag sind eine Erfolgsgeschichte in Blau, die sich sehen lassen kann. Das sind über 140 Sitzungstage, zahllose Redebeiträge und mehr als zweitausend parlamentarische Initiativen – Anfragen, Anträge, Gesetzesentwürfe – zu allen möglichen Themen und Politikfeldern, die den Etablierten auf den Zahn fühlen und zeigen, wie man es besser machen kann.

Aus dem Stand haben wir in wenigen Monaten eine schlagkräftige Truppe aufgebaut. Bis Mitte Januar hat unsere Fraktion, haben unsere

90 Abgeordneten 2.242 parlamentarische Initiativen vorgelegt und eingebracht – 47 Gesetzentwürfe, 281 Anträge, 11 Große Anfragen und rund 1.800 Kleine Anfragen. Mit 12,9 Prozent sind wir die stärkste Oppositionsfraktion und wir lassen nicht

*Unsere 90 Abgeordneten  
haben bisher  
2.242 parlamentarische  
Initiativen eingebracht*

locker: Jeder fünfte Antrag, jeder vierte Gesetzentwurf, ein Drittel aller Kleinen Anfragen und mehr als die Hälfte der Großen Anfragen kommt von uns.

Die Ausgrenzungsrituale der anderen Parteien wirken nur noch hilflos. Auch wenn man uns das Recht vorenthält, einen der Bundestagsvizepräsidenten zu stellen, auch wenn die Etablierten ein ums andere Mal

Fortsetzung Seite 2

Mehr zum Ergebnis des Namenswettbewerbs auf Seite 6 \*

Fortsetzung von Seite 1

wie ein Block gegen unsere Initiativen stimmen: Wir beweisen jedes Mal aufs neue, dass eine andere, bessere Politik möglich ist.

Wir sind die Stimme der Vernunft für unsere Industrie, unsere Arbeitsplätze und unsere Landwirtschaft gegen die fatalen Auswirkungen der absurden „Klimaschutz“-Hysterie. Wir zeigen auf, wie Euro-„Rettung“, Null- und Negativzinsen uns alle ärmer

*Zug um Zug decken wir die wahren Kosten der unkontrollierten Migration auf*

machen und wie wir dieser Falle entkommen können. Wir treten ein für sichere Innenstädte, kontrollierte Grenzen und eine Migrationspolitik, die sich an Recht und Gesetz hält und unser Land nicht ruiniert.

Beharrlich decken wir Zug um Zug die wahren Kosten der unkontrollierten Migration auf, die die politisch Verantwortlichen und die Profiteure am liebsten unter der Decke halten würden. Und wir haben dafür gesorgt, dass ganz Deutschland erfährt und darüber diskutiert, welche verhängnisvollen Verpflichtungen die Bundesregierung mit der Unterzeichnung des UN-„Migrationspakts“ eingegangen ist.

Vor uns liegt ein weiteres Jahr, in dem wir diesen erfolgreich eingeschlagenen Weg fortsetzen wollen. Gemeinsam wird es uns gelingen, die Verhältnisse in unserem Land zum Besseren zu wenden. Danke für Ihr Engagement und Ihre Unterstützung!

Dr. Alice Weidel ist stellvertretende AfD-Bundessprecherin und Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag



Auf Antrag der AfD soll das ZKI in der Region Stuttgart angesiedelt werden

## KI-Technologie in die Region Stuttgart holen

LARS-PATRICK BERG, HEIDELBERG

Die Automobilindustrie versorgt hunderttausende Menschen in Baden-Württemberg mit gutbezahlter und sicherer Arbeit und ist der Garant für den nach wie vor vorhandenen Wohlstand im Land. Während Bundes- und Landesregierung die Weichen für die Beseitigung des wirtschaftlichen Rückgrats in Baden-Württemberg stellen, kommen sie beim Rennen um das deutsch-französische Zentrum für Künstliche Intelligenz (ZKI) nicht voran. Das Land verweist auf die Bundesregierung, die sich bei der Bewerbung um die Standorte der Zukunftsbranche sehr viel Zeit lässt.

Eigentlich will die EU Peking und dem Silicon Valley mit dem ZKI in Europa die Stirn bieten. Ab 2020 sollen EU-Fördermittel in Milliardenhöhe fließen. Von dieser großspurigen Ansage ist aber wenig zu spüren. Das Silicon Valley beschäftigt längst die größten Talente und Peking investiert über 100 Milliarden Euro, um Weltmarktführer zu werden. Brüssel, Berlin und Stuttgart wirken verspätet und ambitionslos.

Während sich für Regierungspolitiker in Deutschland autonomes Fahren, Smart Home und Industrie 4.0 nach Science-Fiction anhören, steht man andernorts in vielen Bereichen vor dem Durchbruch. Über 1.000 vernetzte und selbstfahrende Fahrzeuge sind in den USA im Einsatz. Roboter erledigen einfache Aufgaben, sind

lernfähig und werden bald komplexe Arbeiten verrichten. Auch in der Medizin und Pflege wird KI zunehmend eine wichtige Rolle spielen. Durch die rasant steigenden Datenmengen, die in allen Bereichen verarbeitet werden, wird KI bei der Datenverarbeitung bald nicht mehr wegzudenken sein.

Baden-Württemberg würde gerne Standort für das neue ZKI werden, auch die Region Stuttgart bemüht sich, diese entscheidende Zukunftsbranche bei sich anzusiedeln, und zwar auf erfolgreichen Antrag der AfD-Fraktion in der Regionalversammlung.

Sollte diese Chance auch verschlafen werden, ähnlich wie das „Neuland“ Internet vor einigen Jahren, dann stehen nach dem Einstampfen der Automobilbranche in Baden-Württemberg schwierige Zeiten im Land der Tüftler und Denker bevor.

Lars Patrick Berg MdEP ist Mitglied in den Ausschüssen Auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit/Verteidigung, Menschenrechte





Der Bundestag ist schon jetzt so groß und so teuer wie nie

## Kein Bundestag XXL!

THOMAS SEITZ, KAPPEL-GRAFENHAUSEN

Der Deutsche Bundestag müsste verkleinert werden, tatsächlich ist er größer denn je. 709 statt der 598 Abgeordnete gibt es seit der Wahl 2017 und werden den Steuerzahler im Geschäftsjahr 2020 eine Milliarde Euro kosten – eine Steigerung um fast 50 Prozent des Gesamtetats von 2016, dem 3. Amtsjahr der letzten Wahlperiode.

Doch statt an einer Deckelung oder gar Reduzierung dieses Bundestags XL zu arbeiten, verschleppen die Regierungsparteien die dringend

notwendige Reform. Da wird das nicht mehrheitsfähige Grabenwahlsystem aufgewärmt, eine nicht zeitnah umsetzbare Reduzierung der Wahlkreise gefordert oder neuerdings versucht, im Wahlrecht eine verfassungswidrige Frauenquote einzuführen.

Dabei ist die Lösung einfach, verständlich und nicht einmal mit Kosten verbunden. Aber man nimmt lieber in Kauf, den Bundestag auf Kosten seiner Arbeitsfähigkeit mit mehr als 900 Abgeordneten von XL auf XXL anwachsen zu lassen, als einem Vorschlag der AfD zuzustimmen.

Fakt ist: Nur 4 Prozent der Direktkandidaten erhielten über 50 Prozent der Stimmen in ihren Wahlkreisen und können behaupten, die Mehrheit ihrer Wählerschaft im Bundestag zu vertreten. Die restlichen Kandidaten haben dieses Ziel verfehlt, dürfen aber als jeweiliger Verlierer mit dem besten Ergebnis trotzdem in den Bundestag einziehen. Diese brüchige demokratische Legitimation zeigt sich herausra-

gend am Beispiel Eva Högl (SPD) im Wahlbezirk Berlin-Mitte. Sie gewann ihr Direktmandat mit 23,5 Prozent der Wählerstimmen oder in Bezug zur Wahlbeteiligung mit 16,9 Prozent der Wahlberechtigten.

Warum aber sollte es ein zwingender Wille des Wählers sein, dass man mit 16,9 Prozent Zustimmung direkt in den Bundestag einzieht, wenn dadurch Ausgleichsmandate notwendig werden? Das leuchtet mir weder als Wahlberechtigtem noch als Steuer-

*Eine Milliarde kostet der Bundestag – in einem Jahr*

zahler ein. Logisch wäre, wenn nur noch Direktkandidaten mit absoluter Mehrheit oder zumindest einem Quorum von einem Drittel in den Bundestag einzögen. Da schnell gehandelt werden muss, ist dies ein realistischer Vorschlag und sei es nur als Übergangsregelung bis zu einem Neuzuschnitt einer deutlich reduzierten Zahl von Wahlkreisen.

Thomas Seitz MdB, Wahlkreis Emmendingen-Lahr, ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung



Foto: Andreas Kabis

## Für eine Nation der Eigentümer

MARC BERNHARD, KARLSRUHE

Wohnen ist ein unverhandelbares Grundbedürfnis und das Wohnen im Eigenheim eine der solidesten Altvorsorgen. Beides wird für den Durchschnittsverdiener Dank staatlicher Gängelung, schleichender Enteignung und sozialistischer Manipulationen im Markt immer weniger erreichbar. Importierte Nachfrage verknappt das Angebot, Mietpreisbremsen bremsen Investitionen und verknappen ebenso das Angebot. Die Eigenkapitalvernichtung der Sparer durch die EZB gibt dem abgehängten Mittelschichtsarbeiter den Rest.

Im Ausschuss für Bau, Wohnen und Inneres kämpfe ich für eine Nation der Eigentümer: Bauvorschriften gehören entrümpelt (bei Flüchtlingsheimen funktioniert es schließlich auch), Grunderwerbsteuer gesenkt, Grundsteuer abgeschafft, Grenzen konsequent geschützt und die Zentralbank wieder von der Politik befreit. Das käme einer Entlastung von weit über 60 Milliarden jährlich gleich und wir kämen dem Sollzustand einer funktionierenden Marktwirtschaft und den Lebensnotwendigkeiten unserer Familien auf einen Schlag ein gutes Stück näher.

Marc Bernhard ist Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg



Foto: privat

# Verschärfung des Waffenrechts bringt nicht mehr Sicherheit

*Immerhin: AfD-Initiativen haben Verschärfung bei Wiederholungsprüfung verhindert*

MARTIN HESS, BIETIGHEIM-BISSINGEN

Die Bundesregierung hat am 13.12.2019 das Waffengesetz verschärft. Diese Verschärfung ist Ausdruck von politischem Aktionismus. Das Verbot von Magazinen einer bestimmten Kapazität schafft nach übereinstimmender Aussage aller relevanten Experten kein Mehr an Sicherheit. Stattdessen werden Jäger und Sportschützen kriminalisiert und enteignet. Es entsteht ein erheblicher bürokratischer Mehraufwand, der mit hohen Zusatzkosten für Waffenbesitzer, Behörden und Händler verbunden ist.

Die Regelabfrage beim Verfassungsschutz stellt Legalwaffenbesitzer unter Generalverdacht, ohne dass dies erforderlich wäre. Denn bereits jetzt können die Verfassungsschutzämter ihre Erkenntnisse an die zuständigen Waffenbehörden übermitteln.

Die Einrichtung von Waffenverbotszonen, die auch ein Führungsverbot von Messern mit einer Klinge von über vier Zentimetern umfasst,

*Anstieg der Messerkriminalität in BW fast nur durch Zuwanderer*

führt zu einer erheblichen Beeinträchtigung von Freiheitsrechten gesetzestreuer Bürger. Dabei lässt sich am Beispiel von Baden-Württemberg statistisch belegen, dass der Anstieg der Messerkriminalität nahezu vollständig durch Zuwanderer – also Asylbewerber, Flüchtlinge und illegale Migranten – verursacht ist.



**Die Verschärfungen drangsalieren rechtstreue Bürger**

Die neuen Verbotszonen sind weder zielführend noch praktikabel. Die Polizei hat nicht genügend Personal, um solche Zonen wirksam und dauerhaft durchzusetzen. Wir brauchen keine Waffenverbotszonen. Wir brauchen endlich eine Kurskorrektur in der Migrationspolitik!

Die AfD-Bundestagsfraktion hat die Gesetzesverschärfung mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpft. Wir haben einen Grundsatzantrag und Änderungsanträge in den Bundestag eingebracht, die deutschen Schützenvereine mit einem Info-Flyer mobilisiert und die Bürgerpetition gegen die Verschärfung unterstützt.

Wir haben bei der öffentlichen Innenausschuss-Anhörung mit Hilfe unserer Expertin dargelegt, dass die Verschärfungen nicht dazu geeignet sind, Schusswaffen von Terroristen und Extremisten fernzuhalten, sondern rechtstreue Sportschützen, Jäger und Waffensammler drangsalieren.

Mit unseren Initiativen haben wir maßgeblich dazu beigetragen, dass die Bundesregierung die Wiederholungsprüfung des Bedürfnisses beim Schusswaffenbesitz nicht verschärft hat. AfD wirkt!

Am Verbot von Magazinen mit hoher Kapazität hat die Bundesregierung jedoch ebenso festgehalten wie an der unnötigen Regelabfrage beim Verfassungsschutz vor Erteilung einer Waffenerlaubnis und an der Einführung der Waffenverbotszonen.

Statt unbescholtene Bürger mit solchen nutzlosen Gesetzesverschärfungen in ihrer Freiheit einzuschränken, sollte die Bundesregierung ausländische Gewaltkriminelle abschieben und dafür sorgen, dass kei-

ne weiteren Terroristen und Messerstecher durch die offenen Grenzen in unser Land kommen.

Schluss mit dem Generalverdacht gegen Legalwaffenbesitzer!

Martin Hess MdB, Wahlkreis Ludwigsburg, ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat



Foto: © Martin Hess / AKELE Werbeagentur

## In Sachen „Prüffall“

Wegen der Einstufung der AfD als „Prüffall“ durch den Verfassungsschutz wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Bundesvorstands und allen Ländern eingesetzt. Sie beschäftigt sich mit möglichen Konsequenzen der Beobachtung, mit der Klage gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz und mit unseren Strategien.

Dr. Roland Hartwig MdB und Dr. Rainer Balzer MdL stellen in Vorträgen Strategien gegen die rechtsfehlerhafte Sichtweise des Bundesamtes vor. Termine erfragen Sie bitte bei [rainer.balzer@afd.landtag-bw.de](mailto:rainer.balzer@afd.landtag-bw.de). Sie sind herzlich zu den Vorträgen eingeladen.

WALTER SCHWAEBSCH, KONSTANZ

DEUTSCHLAND

# Links um, Marsch!

## Die Bundeswehr und ihre ideologische „Haltung“

Was dürfen Soldaten im und nach Dienst politisch äußern und ist es mit ihrem Selbstverständnis vereinbar, Mitglied der AfD zu sein?“ Diese Frage wurde dem ehemaligen Generalinspekteur General a. D. Wolfgang Schneiderhan gestellt und sie lässt Rückschlüsse auf den Zustand unseres angeblich demokratischen Systems zu.

Die Grundsätze der „Inneren Führung“ der Bundeswehr orientieren sich am Leitbild des Staatsbürgers in Uniform. Dieses Leitbild hat das Ziel, aus Soldaten gute Staatsbürger, vollwertige Waffenträger und freie Menschen zugleich zu machen. Um dies zu erreichen, wurden die Einschränkungen der Grundrechte des Soldaten auf das militärisch Notwendige reduziert und die Pflicht zum Gehorsam auf rechtmäßige militärische Befehle eingeschränkt. Außerdem gewährte man den Soldaten das aktive und passive Wahlrecht, das die Mitgliedschaft in politischen Parteien beinhaltet.

Die einstmalige gelebte politische Zurückhaltung innerhalb der Bundeswehr scheint seit Merkel jedoch einer linksorientierten, ideologisch gepräg-

### Die politische Zurückhaltung ist einer linksorientierten Grundhaltung gewichen

ten Grundhaltung gewichen zu sein. Nicht genehme Parteien und deren Wählerschaft werden auch über Institutionen der Bundeswehr offen angegriffen, was den Prinzipien der den Militärs auferlegten politischen Zurückhaltung im Dienst widerspricht.

General a. D. Schneiderhan zufolge existieren in der Bundeswehr Bereiche, in denen sich militärische Vorgesetzte äußern und positionieren müssen. „Jeder von uns muss zu den politischen Entwicklungen und dem damit verbundenen Erstarken rechter Tendenzen in der Gesellschaft Position beziehen.“ Die linken Tendenzen, die Anschläge linksextremistischer Gruppierungen auf Personen und Sachen, auch auf Einrichtungen der Bundeswehr, sowie die bürgerkriegs-



**Folgt ihr bis heute im Linksrutsch:  
Generalmajor a. D. Schneiderhan  
mit Angela Merkel (Foto aus 2009)**

ähnlichen linken Ausschreitungen in manchen Städten erwähnt er nicht.

General Schneiderhan ist Mitglied im Freundeskreis des „Zentrums Innere Führung“, aus dessen Kreisen politische Publikationen gegen die AfD veröffentlicht werden. Dieses tendenziös gegen die AfD gerichtete Agieren verstößt gegen die Prinzipien der politischen Zurückhaltung. Man kann sich vorstellen, wie einen politischen Aufruhr die Veröffentlichung von Publikationen aus dem Umfeld

### Es darf kein „Zentrum für politische Indoktrination“ entstehen

der Bundeswehr gegen die Grünen oder die „Linke“ verursacht hätte.

Der Generalinspekteur äußerte sich in der Reservistenzeitschrift LOYAL 1/2020 über den mangelnden „Mut“ in der Weimarer Republik und über das nicht rechtzeitige „Halt

sagen“. Hätten ihm diese Gedanken nicht kommen müssen, als sich Merkel 2015 über die Verfassung und die Gesetzgebung hinwegsetzte? Warum sagte Herr Schneiderhan nicht „Halt“, als mit der Auflösung der Staatsgrenze die verfassungswidrige Abschaffung des Staatsgebietes drohte und damit die Landesverteidigung ad absurdum geführt worden wäre?

Der Kommandeur des „Zentrums Innere Führung“, Generalmajor Zudrop, schaffte es im August 2019 in die Schlagzeilen zu kommen, nachdem er laut einer Eingabe an den Wehrbeauftragten die AfD „vor versammelter Mannschaft“ als keine „von Soldaten wählbare Partei“ bezeichnet und damit gegen das im Soldatengesetz verankerte Verbot der politischen Betätigung im Dienst verstoßen habe.

Damit ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, „rechtzeitig Halt“ zu sagen. Aus dem „Zentrum Innere Führung“ der Bundeswehr darf nicht ein „Zentrum für politische Indoktrination“ entstehen. Der Bundeswehrführung steht genauso wenig wie den Altparteien ein Urteil darüber zu, welche Parteien politisch genehm sein dürfen und welche nicht.

Diese Entscheidung ist in einer Demokratie dem Bürger, also dem Souverän des Staates vorbehalten und dieser hat in den vergangenen Wahlen ein klares Zeichen für die Alternative für Deutschland gesetzt.

Walter Schwaebisch ist Diplom-Geograph, Oberstleutnant der Reserve und Sprecher des Kreisverbands Konstanz



# Bauernproteste: Grüne Kreuze gegen die grüne Politik

*Wie die Politik die Landwirte in existenzielle Nöte bringt*

SABBIENE

Jeder hat sie schon einmal gesehen, die grünen Kreuze an Feldern und Wiesen, mit denen die Landwirte gegen die Agrar- und Umweltpolitik der Bundesregierung protestieren. Die Bauern sind empört: Sie erzeugen unsere Lebensgrundlage unter schweren Bedingungen, auch an Feiertagen und Wochenenden, ohne Feierabend und Urlaub. Dafür müssen sie sich von Politikern maßregeln lassen, die diese Arbeitsbedingungen nicht kennen, sich die erzeugten Lebensmittel aber gerne munden lassen.

Die Landwirte protestieren bundesweit mit den grünen Kreuzen, zünden nächtliche Mahnfeuer an und legen mit ihren Traktoren den Verkehr lahm. Zu den Protesten zur „Grünen Woche“ Mitte Januar fuhrten allein in Stuttgart 1000 Trecker auf.

Mitauflöser des Proteste in Baden-Württemberg war das „Volksbegehren zur Rettung der Bienen“. Dessen Forderungen hätten viele Bauern ruiniert, insbesondere die Obst- und Weinbauern (siehe Beitrag in ALTERNATIVE SÜDWEST vom 12.11.2019).

Auf Druck der Landwirte entwarf die Landesregierung ein Gesetz, das einige Forderungen des Volksbegehrens abschwächt; das Volksbegehren wurde daraufhin zurückgezogen.

Kurz darauf verabschiedete die Bundesregierung zum Entsetzen der Bauern das „Agrarpaket“. Die dort vorgesehenen Verbote für Pflanzen-

## *Gegen Billigimporte aus Südamerika haben unsere Bauern keine Chance*

schutz- und Düngemittel würden zu stark sinkenden Ernte-Erträgen führen. Das hätte sowohl hohe wirtschaftliche Einbußen für die Landwirte zur Folge als auch eine Gefährdung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Dann müssten Lebensmittel von weit her importiert werden, von denen unbekannt ist, unter welchen Bedingungen für Natur- und Artenschutz sie produziert wurden. Die weiten Transportwege würden außerdem zusätzliche Belastungen für Umwelt und Klima bedeuten.

Eine weitere Bedrohung sehen die Bauern im Freihandelsabkommen der

EU mit den so genannten Mercosurstaaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Diese Länder haben gewaltige Überschüsse an Agrarprodukten. Das Abkommen soll die Einfuhr von Soja, Rindfleisch, Mais und weiteren Produkten in die EU erheblich erleichtern. Im Gegenzug können die EU-Länder Industriegüter dorthin ausführen – allen voran Deutschland als Exportweltmeister. Welche Folgen die Agrar-Billigimporte für unsere Landwirte haben werden, lässt sich leicht ausmalen.

Die Sonntagsreden der Julia Klöckner über eine gute Zukunft für hochmotivierte und gut ausgebildete junge Menschen in der Landwirtschaft klingen wie Hohn in den Ohren der Bauern. Und auch die Ende Januar 2020 beschlossene „Bauernmilliarde“ des Herrn Söder empfinden sie als unverschämt. Denn sie wollen nicht mehr Geld, sondern eine verlässliche Politik, die ihnen ein gutes Auskommen ermöglicht.

Mit den grünen Kreuzen warnen die Bauern vor dem Sterben ihrer Höfe. Ihnen gilt unsere volle Unterstützung.

## Ihre Wahl ...

für den Namen der Landeszeitung ist klar und deutlich ausgefallen: Von insgesamt 706 Teilnehmern haben 62 % für „Alternative Südwest“ gestimmt, 31 % für „Die Gegenstimme“, 3 % für den „Bohrhammer“ und 4 % hatten andere Anmerkungen. Herzlichen Dank für Ihre rege Teilnahme!

Wir gratulieren dem Gewinner aus Ravensburg und freuen uns auf einen Tag im Landtag mit ihm.



## Die AfD fordert:

- Wertschätzung der Bauern als Erzeuger unserer Lebensgrundlage
- Arten- und Naturschutz nur gemeinsam mit den Landwirten
- Verbot von Pflanzenschutz- und Düngemitteln nur bei Ersatz
- Kein Eingriff in die Nutzungsautonomie
- Kein Freihandel zu Lasten unserer Bauern



## „Faire Schule“ wird emsig genutzt

DR. RAINER BALZER, BAD SCHÖNBORN

Was sagen Sie, geehrte Leser, zur Aussage des Ministerpräsidenten eines Bildungslandes, dass die deutsche „Rechtschreibung nicht zu den gravierenden Problemen der Bildungspolitik“ gehört? Wenn das Erlernen der Rechtschreibung und damit der Sprache nicht so wichtig ist, dann brauchen wir auch keine neuen Bildungspläne und keine Inklusion. Und warum wollen die Grünen „jedes Kind dort abholen, wo es steht“?

Offenbar haben wir mit dem Portal <https://faire.schule> einen Nerv getroffen. Sonst würden die Grünen im Landtag nicht alle gesetzlichen oder am Rande der Gesetze stehenden Möglichkeiten nutzen, um unser

Portal mit Hilfe der Datenschutzverordnung zu kippen. Die Angst muss groß sein, dass die Schüler übergriffigen und beeinflussenden Unterricht melden. Aber genau das wäre ein Beleg für die Notwendigkeit unseres Portals.

Das Portal wird fleißig genutzt. Neben allerlei Spam und Witzigem haben wir allein in den letzten 30 Tagen 76 bestätigte Meldungen erhalten. Zurzeit haben wir acht Fälle in Bearbeitung, für die wir die Schulen um Stellungnahme gebeten haben.

Da geht es beispielsweise in einer Schule in Konstanz um die Verwendung des Buches „Die 3a im Weihnachtstrubel“. Die Eltern beklagen sich: „Leider stellte sich beim Überfliegen des Buches heraus, dass es

sich vor allem mit den muslimischen Bräuchen im Islam beschäftigt und wie Patchworkfamilien funktionieren ... Am Rande, deutlich weniger, wurden die Rituale des Judentums vorgestellt. Buddhismus und andere große Religionen wurden ausgelassen. Für uns war das Buch nicht wertneutral“.

Oder Eltern äußern sich besorgt über PCB-Belastungen: „Schule ist mit PCB belastet und die Werte sind deutlich über den sowieso viel zu hoch angesetzten Grenzwerten. Thema ist seit 3 Jahren bekannt und seit dem steigen die Werte kontinuierlich. Maßnahmen sehen wie folgt aus: Lüften, Hände waschen – eher Augenwischerei. Die meisten Eltern möchten nun eine Sanierung auf lange Zeit, da es aber nur eine Grundschule ist, bringt nun wohl nur ein schneller und reibungsloser Schulwechsel etwas.“

Eine Lehrerin in Oberesslingen setzte die AfD mit der NSDAP gleich: „Bei meiner Tochter im Unterricht wurde die Neutralität verletzt. Die AfD wurde mit der NSDAP gleich gesetzt, im Geografieunterricht. Ich konfrontierte die Lehrerin mit den Vorwürfen, sie stritt aber alles ab. Meine Tochter hätte das falsch verstanden. Persönlich glaube ich ihr nicht.“

Die Antworten der Schulen stehen noch aus. Wir werden Sie auf dem Laufenden halten.

Dr. Rainer Balzer ist Landtagsabgeordneter und kulturpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion



Foto: Karsten Klauer

## Admins vernetzen sich

RENÉ ROTZINGER, BRUCHSAL

Die Administratoren von Internet, Facebook, Twitter und Instagram trafen sich Ende Januar zum zweiten Mal zum Erfahrungs- und Wissensaustausch in Nordbaden. Vorträge zu

„Rechtssicherheit im Internet“ und „Politisches Marketing“ brachten auch für die Profis neues Wissen.

Die „Admins Nordbaden“ möchten Initialzündung für Kollegen in anderen Landesteilen sein. Wir wollen mit Blick auf die kommenden Wahlen an der Professionalisierung arbeiten. Für Fragen und Unterstützung steht René Rotzinger vom Kreisverband Karlsruhe-Land unter [rene.rotzinger@afd-bw.de](mailto:rene.rotzinger@afd-bw.de) gerne zur Verfügung.



Foto: privat

### IMPRESSUM

Alternative für Deutschland  
Landesverband Baden-Württemberg  
Postfach 70 05 46  
70574 Stuttgart  
0711 7260540  
[redaktion@afd-bw.de](mailto:redaktion@afd-bw.de)

AUFGEKLÄRT!

## Rundfunkstaatsvertrag auf den Kopf gestellt

Die ARD schreibt auf ihrer Homepage: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist zur Ausgewogenheit verpflichtet. Dazu gehören das Gebot einer fairen und unabhängigen Berichterstattung und die Verpflichtung zur Überparteilichkeit. Die Abbildung verschiedener Meinungen im Programm soll insgesamt ausgewogen sein. Diese Vorgaben gelten in besonderem Maße für Nachrichten oder politische Sendungen.“

Das definiert der Sender in Anlehnung an den Rundfunkstaatsvertrag als seine „Aufgabe und Funktion“. Doch dass die Wirklichkeit anders aussieht, wurde nun in Zahlen belegt: Bei den reichweitenstärksten Politik-Talkshows Maischberger, Plasberg, Anne Will und Maybrit Illner waren die Grünen 2019 fast doppelt so oft vertreten wie es ihrem Sitzanteil im Bundestag entspricht, die AfD mit weniger als der Hälfte.

Diese Einseitigkeit Richtung Grün und die Ausgrenzung der AfD sind – gemessen an den selbst gesteckten Ansprüchen der ARD – von Meinungsmache nicht weit entfernt. Und sie dürften mit ein Grund sein für den Vertrauensverlust in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Quelle: <https://de.statista.com/infografik/20448/anteil-der-talkshow-auftritte-2019-nach-parteien/>  
// red



Das Verhältnis stimmt nicht



JuZ Mannheim: im Verfassungsschutzbericht unter „Linksextremismus“ erwähnt

## Grüner Linksextremismus in Mannheim

ROBERT SCHMIDT, MANNHEIM

In Mannheim gibt es keinen Linksextremismus!“, behauptete Grünen-Fraktionschef Fontagnier in einer Sitzung des Mannheimer Gemeinderats Mitte Dezember 2019. Und ob es ihn gibt: Im Landes-Verfassungsschutzbericht von 2017 heißt es, „In Mannheim dient das ‚Jugendzentrum in Selbstverwaltung Friedrich Dürr‘ (JUZ) verschiedenen linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen als Anlaufstelle, so zum Beispiel der ‚Antifaschistischen Aktion (Aufbau) Mannheim‘ (AAAM).“

Und 2018 berichtet der Landesverfassungsschutz: „Zum Angriff auf ein Schützenhaus bekannten sich ‚Mannheimer AntifaschistInnen‘ am 8. Oktober 2018 im Internet. Sie gaben an, in der Nacht mit Farbe vor das Gebäude gezogen zu sein und ‚mehrere

Gasthaus-Schilder an der Einfahrt beschädigt und größtenteils unkenntlich gemacht‘ zu haben. Die Örtlichkeit habe sich unter Duldung des dort ansässigen Vereins und des ‚sympathisierenden‘ Gaststättenbetreibers zum zentralen Veranstaltungsort der Mannheimer AfD entwickelt. Die Partei selbst sowie auch ihre Unterstützer seien ein ‚legitimes Angriffsziel im Kampf gegen den Rechtsruck.‘“

Man glaubt es kaum: Der Gemeinderat beschloss dennoch, weitere Fördermittel im Kampf gegen den RECHTSextremismus bereitzustellen. Ein Antrag der AfD-Fraktion, das Wort „rechts“ zu streichen, damit die Mittel gegen alle Formen des Extremismus eingesetzt werden können, wurde von der linken Seite des Hauses abgelehnt. Man steht den Mannheimer Linksextremisten offenbar so nahe, dass man sie nicht sieht.

### DIE GUTE NACHRICHT

Weil Bürgerbeteiligung und Umweltschutz missachtet wurden, sind die Genehmigungsvorgaben für Windkraftanlagen in Baden-Württemberg rechtswidrig, befand der Ver-

waltungsgerichtshof Mannheim in einem sensationellen Urteil kurz vor Weihnachten. Was für eine Ohrfeige für Kretschmann & Co! Der Rechtsstaat hat die Bürger vor der grünen Politik geschützt.

// red

